

6340/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Haigermoser
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend

Erlittener Milliarden - Schaden der Republik

Laut Medienberichten hat die Oesterreichische Kontrollbank durch den mutmaßlichen Pleitier Leopold Bausbeck - Intimus mehrerer ehemaliger SP - Minister und Compagnon des Mafia - Opfers David Sanikidse - einem Ausfall in der Höhe von 2,2 Milliarden Schilling standhalten müssen.

Die übernommene Haftung der Oesterreichischen Kontrollbank bezieht sich dabei auf die Leistungen heimischer Exporteure. Diese hatten für die Hotel - Gruppe Marco Polo in St. Petersburg und Moskau Leistungen erbracht.

Das Institut versucht seither sich an Garantien russischer Organisationen schadlos zu halten. Bis dato jedoch erfolglos, da die Stadt St. Petersburg und die russische Akademie der Wissenschaften als Garantiegeber die Zahlungen verweigern. Geführte Verhandlungen von Bundeskanzler Viktor Klima mit der Moskauer Regierung blieben bis jetzt ebenfalls erfolglos.

Dies sind jedoch nicht alle ausständigen Forderungen. Das staatlich garantierte Rußland - Obligo belaufe sich, laut Medien, auf 35 Milliarden Schilling, in Summe sind bei heimischen Organisationen 80 Milliarden Schilling ausständig. 1998 wurden Zinsen in Höhe von rund 700 Millionen Schilling nicht bezahlt, heuer kamen bereits mehr als 300 Millionen Schilling dazu.

Aber nicht nur Rußland kommt seinen Verpflichtungen nicht nach, sondern auch Indonesien. Hier belaufen sich die Rückstände auf rund 750 Millionen Schilling, das Gesamt - Obligo gegenüber Österreich auf 18 Milliarden Schilling. In Summe ist somit, nur in diesen zwei Länder, ein Betrag voll rund 100 Milliarden Schilling offen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wer führt derzeit im Interesse Österreichs Verhandlungen um sicherzustellen, daß ausständige Zahlungen zur Gänze zurückgezahlt werden?
2. Mit welchen Organisationen oder staatlichen Einrichtungen werden Verhandlungen geführt?

3. Wie ist der derzeitige Stand der Verhandlungen?
4. Warum wurde im Fall Bausbeck „fahrlässig“ vorgegangen?
5. Wann kann mit einer Entscheidung über Rückzahlungsformalitäten gerechnet werden?
6. Wie beurteilen Sie die Gefahr einer Verzögerungstaktik der Regierungen oder anderer Organisationen um Rückzahlungen zu verhindern oder zu minimieren?
7. In welche Richtung gehen Ihre Lösungsvorschläge damit dem österreichischen Steuerzahler kein Schaden entsteht?